

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 14/9150

zur Änderung des Lebensmittelüberwachungsgesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Schmid Berta**
Mitberichterstatter: **Geiger**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit und der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen haben den Gesetzentwurf mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 75. Sitzung am 04. Juli 2002 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie hat den Gesetzentwurf in seiner 76. Sitzung am 10. Oktober 2002 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 170. Sitzung am 10. Oktober 2002 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Gesetzentwurf in seiner 87. Sitzung am 16. Oktober 2002 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Im übrigen regte der Ausschuss an, die Finanzausgleichsmittel bei Bedarf entsprechend anzuheben.
6. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf in seiner 98. Sitzung am 16. Oktober 2002 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
7. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 76. Sitzung am 14. November 2002 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der "1. Januar 2003" eingefügt wird.

Wahnschaffe
Vorsitzender